

Humanitäre Hilfe: Prinzipien stärken, Zugang sichern, humanitäres System verlässlich finanzieren, humanitäre Krisen überwinden

I. Was ist humanitäre Hilfe und warum ist sie unverzichtbar

Humanitäre Hilfe ist unverzichtbar für Menschen, die infolge von Kriegen, gewaltsamen Konflikten, Vertreibung, Hungerkrisen oder Naturkatastrophen in eine existenzielle Notlage geraten sind und diese Situation nicht aus eigener Kraft bewältigen können. Es geht darum, akutes Leid zu lindern, Leben zu retten und ein Überleben unter menschenwürdigen und sicheren Bedingungen zu ermöglichen. Humanitäre Hilfe schützt grundlegende Bedürfnisse und gleichzeitig elementare Menschenrechte – insbesondere dort, wo staatliche Strukturen zusammengebrochen sind, wo der Staat bestimmte Gruppen nicht versorgen will oder wo Zivilistinnen und Zivilisten infolge von Konflikten gefährdet sind.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beginnt mit einem universellen Versprechen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dieser Satz kennt keine Grenzen, keine Pässe, keine Herkunft. Er gilt für alle Menschen – auch für diejenigen, die weit entfernt von uns in existenzieller Not sind. Aus diesem Verfassungsauftrag erwächst für Deutschland eine besondere Verantwortung zur Humanität und zur humanitären Hilfe. Die Schwächsten tragen dabei die Hauptlast humanitärer Krisen: Kinder, Kranke und ältere Menschen, die nicht fliehen können, die allein nicht überleben können. Ihnen gilt unsere besondere Verantwortung.

Humanitäre Hilfe ist Ausdruck der Menschlichkeit und internationalen Verantwortung. Humanitäre Hilfe trägt zu globaler Sicherheit bei, kann unfreiwillige Migration mindern und internationale Stabilität stärken. Damit liegt sie auch im eigenen Interesse von Geberländern wie Deutschland.

Die Bewältigung humanitärer Probleme zählt zu den Kernaufgaben der Vereinten Nationen. Innerhalb des VN-Systems koordiniert das *Office for the Coordination of Humanitarian Affairs* (OCHA) die humanitäre Planung, priorisiert Bedarfe und stimmt die Arbeit der unterschiedlichen Akteure in großen Krisenlagen ab. Diese Koordination soll sicherstellen, dass Hilfe nicht vom Zufall, von politischer Opportunität oder von Machtverhältnissen vor Ort abhängt, sondern nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien erfolgt.

In der regierungsfernen und kontextspezifischen Umsetzung humanitärer Maßnahmen kommt auch zivilgesellschaftlichen humanitären Akteuren eine tragende Rolle zu. In enger Abstimmung mit OCHA können internationale und insbesondere lokale Nichtregierungsorganisationen auch dort Menschen in Not erreichen, wo staatliche und multilaterale Akteure aufgrund von Politisierung kaum operieren

können, etwa in Afghanistan oder Gaza. Gleichzeitig gelten sie aufgrund geringerer Struktur- und Personalkosten als besonders kosteneffizient.

Humanitäre Hilfe wird häufig unter extremem Zeitdruck, in unsicheren Umfeldern und in politisch hoch aufgeladenen Konfliktkonstellationen geleistet. Genau deshalb folgt die humanitäre Arbeit klaren, international anerkannten Prinzipien.

Wie können wir humanitäre Krisen überwinden

Um humanitäre Krisen zu bewältigen, braucht es einerseits schnelle Nothilfe. Gleichzeitig sind langfristige Maßnahmen notwendig, die die Widerstandsfähigkeit der betroffenen Menschen und Strukturen stärken, so wie es die strukturbildende Übergangshilfe tut. Die Verbindung von akuter Hilfe und nachhaltigen Ansätzen im Sinne des Human-Development-Peace-Nexus hilft dabei, den humanitären Bedarf zu verringern und die Lage vor Ort zu stabilisieren. Als Instrument der Krisenbewältigung schlägt die strukturbildende Übergangshilfe somit eine Brücke von der unmittelbaren humanitären Hilfe zu der langfristigen Entwicklungszusammenarbeit und der Friedensförderung.

Hilfe in humanitären Krisen ist dabei mehr als eine kurzfristige Unterstützung. Wenn Menschen keinen Zugang zu Nahrung, sauberem Wasser, medizinischer Versorgung oder Schutz haben, nehmen Krankheit, Unterernährung, Gewalt und Fluchtbewegungen zu. Sie trägt dazu bei, dass akute Notlagen nicht in humanitäre Katastrophen umschlagen und sich Krisen nicht weiter verfestigen oder verschärfen.

Die vier Prinzipien der Humanitären Hilfe

Das **Prinzip der Menschlichkeit** verpflichtet dazu, menschliches Leid so weit wie möglich zu lindern, Leben zu schützen und die Würde der Betroffenen zu wahren, insbesondere in gefährlichen Situationen. Das **Prinzip der Unparteilichkeit** stellt sicher, dass sich humanitäre Hilfe ausschließlich am Ausmaß der Not orientiert und niemand aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht, Alter oder politischer Zuschreibung benachteiligt oder bevorzugt wird. Das **Neutralitätsprinzip** verlangt, dass humanitäre Akteure in bewaffneten Konflikten keine Partei ergreifen und sich nicht in politische oder militärische Auseinandersetzungen hineinziehen lassen – eine zentrale Voraussetzung für Zugang und Sicherheit. Das **Prinzip der Unabhängigkeit** gewährleistet, dass humanitäre Entscheidungen frei von politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Interessen getroffen werden und allein dem Ziel dienen, Leben zu retten und Leid zu lindern.

Diese vier Prinzipien sind im System der Vereinten Nationen verankert und setzen den Rahmen für die Umsetzung humanitärer Hilfe.

Humanitäre Hilfe wird im VN-System koordiniert und von VN-Unterorganisationen, der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung sowie von internationalen und lokalen Nichtregierungsorganisationen umgesetzt. Die zivilgesellschaftliche Verankerung

sowie die Vielfalt von humanitären NGO stellen eine wichtige Ressource dar und tragen maßgeblich zum Gelingen humanitärer Hilfe dar. Ihre Akzeptanz und Sicherheit humanitärer Hilfe und ihrer Akteure hängen entscheidend davon ab, dass diese als unabhängig, unparteiisch und allein am humanitären Auftrag orientiert wahrgenommen werden. Wo diese Wahrnehmung verloren geht, schrumpft der humanitäre Raum, Zugang wird gefährlicher – und am Ende erreichen Hilfeleistungen weniger Menschen, mit gravierenden Folgen für Leben und Gesundheit.

Humanitäre Hilfe steht aktuell vor großen Herausforderungen und muss angesichts der vielen Krisen weltweit zukunftsfest aufgestellt werden. Wir werden die humanitäre Hilfe in ihrer bewährten multilateralen Architektur weiter stärken. Sie muss ihnen Rechnung tragen.

II. Humanitäre Hilfe unter Druck

Massive Finanzierungslücken bei steigendem Bedarf

Die humanitären Bedarfe sind historisch hoch und wachsen weiter. Im Jahr 2025 waren weltweit über 300 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Hinter dieser Zahl stehen Menschen, deren Leben und Gesundheit in vielen Fällen unmittelbar davon abhängen, ob rechtzeitig Hilfe geleistet wird.

Gleichzeitig ziehen sich mehrere der weltweit größten staatlichen Geber spürbar zurück. Öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA), zu denen auch humanitäre Hilfe zählt, sind Angaben der OECD zufolge 2024 um neun Prozent zurückgegangen. Für das Jahr 2025 wurde ein weiterer Rückgang um neun bis 17 Prozent prognostiziert. Besonders ins Gewicht fallen die Kürzungen der Vereinigten Staaten, die traditionell der größte humanitäre Geber sind, aber auch in weiteren zentralen Geberländern wie dem Vereinigten Königreich, Frankreich und auch Deutschland. Die OECD spricht von einer Entwicklung, die es in dieser Dimension bislang nicht gegeben hat.

Dies führt zu gravierenden Einschnitten: Lebensmittelrationen werden verkleinert, Bargeldhilfen gekürzt, Gesundheitsangebote eingeschränkt oder Versorgungsintervalle verlängert – mit unmittelbaren Folgen für Unterernährung, Krankheitsrisiken und Schutzlücken. So erklärte das Welternährungsprogramm (WFP) im Dezember 2025 im Sudan, die verfügbaren Vorräte extrem zu strecken: Um das aktuelle Hilfsniveau überhaupt aufrechterhalten zu können, müssten die Rationen ab Januar 2026 auf 70 Prozent in Gebieten mit Hungersnot und auf 50 Prozent in Gebieten mit Hungersnot-Risiko reduziert werden – das absolute Minimum zum Überleben. Solche Einschnitte sind nicht nur humanitär gravierend, sondern auch sicherheitspolitisch relevant: Wenn existenzsichernde Hilfe wegbricht, steigen Instabilität, Gewalt und Migrationsdruck.

Wo existenzsichernde Hilfe wegbricht und Kinder und Jugendliche ohne Perspektive aufwachsen, entsteht der Nährboden für Extremismus und Radikalisierung. Ganze

Generationen wachsen in Hoffnungslosigkeit und Hass auf – wie die Lage im Gazastreifen eindringlich zeigt. Das destabilisiert die betroffenen Regionen, verbaut Wege zum Frieden und gefährdet langfristig auch unsere eigene Sicherheit.

Humanitäre Hilfe ist ein fester Bestandteil deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Daher gehört Deutschland im internationalen Vergleich zu den größten Gebern humanitärer Hilfe. 2024 stellte Deutschland humanitäre Mittel in Höhe von rund 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung und war damit der weltweit zweitgrößte Geber.

Der Beitrag Deutschlands und die strukturbildende Übergangshilfe stehen unter Druck. Mit Blick auf die wachsenden globalen Krisen und zunehmenden Finanzierungslücken im humanitären System ist es unerlässlich, dass wir unser Engagement in Zukunft verlässlich fortführen und Deutschlands Rolle als tragende Säule der internationalen humanitären Hilfe im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel sichern.

Beschränkter Zugang

Selbst dort, wo finanzielle Mittel und operative Kapazitäten grundsätzlich vorhanden sind, erreicht humanitäre Hilfe viele Menschen nicht. In bewaffneten Konflikten, Kriegen und instabilen Krisenkontexten wird der Zugang zu Betroffenen häufig durch anhaltende Kampfhandlungen, gezielte Blockaden, bürokratische Hürden wie restriktive Genehmigungs- und Kontrollregime, Bedrohungen gegen Helferinnen und Helfer oder bewusste Instrumentalisierung durch staatliche und nichtstaatliche Akteure eingeschränkt.

Die Einhaltung und Durchsetzung humanitären Völkerrechts sind zentral, damit humanitärer Zugang gewährleistet ist und Hilfe tatsächlich bei notleidenden Menschen ankommt, selbst während aktiver Kampfhandlungen. In vielen aktuellen Konflikten wird humanitärer Zugang jedoch zunehmend eingeschränkt. Der humanitäre Handlungsspielraum schrumpft, obwohl der Bedarf steigt. Die unmittelbaren Folgen sind Versorgungslücken bei Nahrung, Wasser, Gesundheitsdiensten und Schutz – mit vermeidbaren Todesfällen als Konsequenz.

Humanitärer Zugang ist damit keine rein operative Frage, sondern zentrales Ziel aktiver Krisendiplomatie. Es geht dabei auch um den Schutz der Zivilbevölkerung und die Schaffung der Rahmenbedingungen für wirksame Hilfe. Ob Hilfsorganisationen liefern und versorgen können, hängt maßgeblich von Entscheidungen Machthabender, von der Einhaltung des humanitären Völkerrechts und vom politischen Willen ab, humanitäre Räume einzuhalten. Wo Zugang systematisch behindert wird, untergräbt dies nicht nur einzelne Hilfsmaßnahmen, sondern die Funktionsfähigkeit humanitärer Hilfe insgesamt.

Für uns ist humanitäre Diplomatie ein politischer Auftrag, der zentral ist in unserer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dazu gehört, humanitäre Diplomatie zu

stärken, Zugangsbehinderungen klar zu benennen und den Schutz der Neutralität, Unparteilichkeit und Sicherheit humanitärer Akteure aktiv zu verteidigen.

Politisierung, Militarisierung und Privatisierung der humanitären Hilfe

Wir treten entschieden für die Wahrung und Verteidigung der humanitären Prinzipien ein. Weltweit beobachten wir jedoch derzeit, dass neben dem etablierten und bewährten VN-koordinierten System der humanitären Hilfe zunehmend private sowie gewinnorientierte Unternehmen eine zentrale Rolle übernehmen und diese Prinzipien aushöhlen.

Konkret bedeutet das: Private Unternehmen werden von Regierungen oder Konfliktparteien beauftragt und handeln primär zur Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten und oft mit dem Ziel finanzieller Gewinne. Übernehmen solche Unternehmen operative Kernaufgaben wie Logistik, Zugangskontrolle und Verteilung, besteht die Gefahr, dass Hilfe von politischen, wirtschaftlichen oder anderen Interessen abhängig wird.

Diese Entwicklung ist in zahlreichen humanitären Einsätzen zu beobachten – am prominentesten zuletzt in Gaza. Dort hat die US-amerikanische Agentur *Gaza Humanitarian Foundation* (GHF) 2025 die Verteilung von Hilfsgütern koordiniert. GHF arbeitete mit privaten Sicherheits- und Logistikunternehmen zusammen, darunter Safe Reach Solutions und UG Solutions, die von ehemaligen Angehörigen des US-Militärs und Geheimdienstes geleitet und für die Absicherung und Durchführung von Verteilaktionen eingesetzt wurden. An den Verteilungsstellen kam es wiederholt zu chaotischen Szenen, Gedränge und Verteilungskämpfen bis hin zu Schwerverletzten und Toten - auch durch den Schusswaffengebrauch der Sicherheitsfirmen. Zugleich gab es Berichte, wonach der Zugang zu Nothilfe mit der Abgabe biometrischer Daten verknüpft gewesen sein soll. Wenn grundlegende humanitäre Prinzipien in der konkreten Praxis unterlaufen und faktisch nicht eingehalten werden, verliert die humanitäre Hilfe ihr Wesen; die Unterstützung wird zu einer instrumentalisierten Hilfe. Damit wird die Hilfe ein Mittel zur Ausübung von Kontrolle und Macht. Zudem fehlen bei gewinnorientierten Strukturen die gleiche Transparenz und öffentliche Rechenschaft, wie sie für VN-Organisationen und Non-Profit-Akteure gilt. Die Vereinten Nationen – und in der Folge zahlreiche etablierte humanitäre Akteure – verweigerten daher die Zusammenarbeit mit der GHF.

III. Kernforderungen

Humanitäre Hilfe darf nicht schrittweise aus den multilateralen Strukturen unter dem Dach der Vereinten Nationen herausgelöst und nationalen Interessen untergeordnet werden. Sie lebt von der Idee, dass sich die Staatengemeinschaft auf gemeinsame Regeln, gemeinsame Werte und gemeinsame Verantwortung verständigt hat – für Menschen in Not und für den Schutz der Menschenrechte weltweit. Wo diese

Ordnung durch nationale Alleingänge, fragmentierte Parallelstrukturen oder interessen geleitete Modelle ersetzt wird, schwächt das nicht nur die Rolle der Vereinten Nationen, sondern das Fundament humanitärer Hilfe selbst. Gerade in einer Zeit globaler Krisen braucht es den entschlossenen Willen, die Strukturen und die Prinzipien zu verteidigen, die über Jahrzehnte aufgebaut wurden: eine internationale Zusammenarbeit, die Hilfe nach Bedürftigkeit leistet und Menschenrechte als unverrückbaren Maßstab begreift. Humanitäre Hilfe und Menschenrechtsschutz lassen sich nicht privatisieren, nicht auslagern und nicht gegeneinander ausspielen – sie gelingen nur dort, wo Staaten und Akteure gemeinsam handeln und Verantwortung füreinander übernehmen.

Gerade wir Deutsche, die wir die schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte zu verantworten haben, stehen hier besonders in der Pflicht. Das Grundgesetz hat daraus Konsequenzen gezogen – nicht nur für Deutschland, sondern als universelles Bekenntnis: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Gerade deshalb kann humanitäre Hilfe für uns keine Ermessensfrage sein. Sie ist Ausdruck dessen, was wir aus unserer Geschichte gelernt haben. Sie ist Kernbestandteil unserer historischen Verantwortung in der Welt.

Die SPD-Bundestagsfraktion bekräftigt:

- Humanitäre Hilfe und die strukturbildende Übergangshilfe sind zentral in unserer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Daher setzen wir uns für eine verlässliche, bedarfsorientierte Finanzierung ein. Auch im Dialog mit internationalen Partnern wollen wir dazu beitragen, die multilaterale, prinzipiengeleitete Architektur der humanitären Hilfe zu stärken – sowohl ideell als auch finanziell.
- Wir setzen uns für eine verlässliche, planbare und ausreichend ausgestattete Finanzierung der Vereinten Nationen und ihrer humanitären Unterorganisationen ein, damit diese ihre zentrale Koordinationsrolle wahrnehmen und humanitäre Hilfe prinzipientreu, transparent und bedarfsorientiert umsetzen können.
- Wir unterstützen auch die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen dabei, die Effizienz ihrer humanitären Hilfe im Rahmen des sogenannten Humanitären Neustarts („Humanitarian Reset“) zu steigern. Dazu zählen eine engere Einbindung lokaler Akteure, mehr Transparenz und eine verbesserte Rechenschaft gegenüber Gebern.
- Wir unterstützen die Vereinten Nationen dabei, im Rahmen des UN80Reformprozesses ihre Fähigkeit zur schnellen Krisenreaktion zu erhalten. So stellen wir sicher, dass die VN weiterhin über alle notwendigen Mittel verfügen, um humanitäre Krisen wirksam zu bewältigen.

- Wir wenden uns entschieden dagegen, dass staatliche Mittel aus dem VN-System in private Firmen umgeleitet oder parallele Strukturen zu den bewährten Mechanismen der Vereinten Nationen aufgebaut werden.
- Wir setzen uns für einen Verhaltenskodex ein, der auch für private Unternehmen in der Nothilfe verbindlich ist. Dazu gehört die Sicherstellung, dass eine Umsetzung entlang humanitärer Prinzipien gewährleistet wird. Insbesondere müssen die Praktiken, Unternehmensstrukturen und vor allem die Finanzierung an der Nothilfe beteiligter Unternehmen transparent sein. Es muss sichergestellt sein, dass humanitäre Hilfe weder an Bedingungen geknüpft ist noch bestimmten Bevölkerungsgruppen vorenthalten wird.
- Wir verstehen die Einhaltung humanitären Völkerrechts einschließlich der Gewährleistung sicheren und ungehinderten humanitären Zugangs als zentrale Voraussetzung dafür, dass humanitäre Hilfe notleidende Menschen erreichen kann, und setzen uns politisch dafür ein, Hindernisse abzubauen und sichere Rahmenbedingungen für humanitäre Einsätze zu gewährleisten. Daher unterstützen wir gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten die Globale Initiative des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, um dem politischen Engagement für das humanitäre Völkerrecht neuen Schwung zu verleihen und unserer Forderung zur Wahrung der Menschlichkeit in bewaffneten Konflikten Nachdruck zu verleihen.